

GESUNDHEITSAUSSCHUSS | Die Gesundheitsversorgung wird zunehmend digital – das birgt große Chancen, aber auch neue Risiken

„Angriffe gefährden Menschenleben“

Jüngst haben Cyberangriffe auf die Wertachkliniken in Bobingen und Schwabmünchen gezeigt, wie verwundbar die medizinische Infrastruktur ist: IT-Systeme wurden verschlüsselt, Operationen verschoben und sensible Patientendaten gestohlen.

Vor diesem Hintergrund hat sich der Bayerische Landtag in einer Sitzung parteiübergreifend für die Cybersicherheitsstrategie der Europäischen Kommission ausgesprochen. Diese zielt darauf ab, die Resilienz gegenüber Cyberbedrohungen zu stärken und sicherzustellen, dass Menschen und Unternehmen von vertrauenswürdigen digitalen Technologien profitieren.

Sascha Schnürer (CSU) betonte, dass Angriffe auf digitale Gesundheitsinfrastruktur auch Angriffe auf Menschenleben seien. Er begrüßte die geplanten einheitlichen Standards der EU und hob die Bedeutung konkreter Präventionsmaßnahmen hervor.

Ein zentraler Punkt ist die gezielte Unterstützung von Krankenhäusern im Ernstfall, etwa durch ein geplantes Fachzentrum mit technischem Know-how. In Bayern gibt es jährlich Millionen Behandlungsfälle, vor allem in kleinen Praxen, die oft über begrenzte IT-Ressourcen verfügen. Pauschale Vorgaben

seien daher nicht zielführend. Es bedürfe passgenauer Lösungen, die in Abstimmung mit Ministerien, Fachverbänden und Patientenvertretungen entwickelt werden. Wichtig seien verständliche Leitlinien und ein „Praxischeck“ für neue Regelungen.

Auch Medizinprodukte, die zunehmend digital vernetzt sind, müssen stärker berücksichtigt werden, da sie potenzielle Einfallstore für Cyberangriffe darstellen, so Schnürer. Er rief zu parteiübergreifender Zusammenarbeit auf, um die Versorgung dauerhaft abzusichern.

Ruth Waldmann (SPD) bestätigte die Dringlichkeit: Seit 2023 hätten sich Cyberangriffe vervierfacht, mit besonders vielen Vorfällen im Gesundheitssektor. Sie unterstützte die Vorschläge, forderte aber mehr Verbindlichkeit und betonte, dass Kliniken und Praxen weiterhin Verantwortung für den Schutz ihrer Mitarbeiter tragen müssen.

Einigkeit herrschte darüber, dass die Heterogenität der Einrichtungen berücksichtigt



Bayerns Kliniken erhalten vom Freistaat Förderung für eine gemeinsame digitale Zusammenarbeit.

FOTO: DPA/TOBIAH HASE

werden muss. Ein Krankenhaus sei nicht mit einer Landarztpraxis vergleichbar. Die Maßnahmen müssten flexibel und anwendungsnah gestaltet sein. Bernhard Seidenath (CSU), Vorsitzender des Gesundheitsausschusses, erklärte, der Landtag sende

mit seiner Stellungnahme ein klares Signal: Die EU-Regelungen zur Cybersicherheit werden ausdrücklich begrüßt. Ziel sei eine sichere und funktionierende digitale Gesundheitsversorgung – unabhängig vom technischen Fachwissen der Beteiligten.

Andreas Winhart (AfD) verwies auf frühere Vorfälle, etwa den Cyberangriff auf das Krankenhaus Fürstentfeldbruck und begrüßte, dass vernetzte Medizinprodukte einbezogen werden. Es gehe nicht nur um Fitnessuhren, sondern um kritische Notfall-

einrichtungen und internationale Datenströme.

Am Ende herrschte breite Zustimmung. Bernhard Seidenath kündigte an, auf Basis der Debatte eine gemeinsame Stellungnahme des Landtags zu erarbeiten.

> DAVID LOHMANN